

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Juni 2005

Millionen sind stärker als Millionäre Alle gemeinsam - Streiken gegen Tarifdiktat

Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ fordert bei den Ländern eine Urabstimmung und eine Strategie hin zu einem bundesweiten Streik.

Eine Verschlechterung bei den Ländern würde sofort die Beschäftigten bei Bund und Kommunen treffen („Meistbegünstigungsklausel“). Sie müssen daher in Arbeitskampfmaßnahmen einbezogen werden. Ein gemeinsamer, bundesweiter Streik der Millionen bei ver.di in Tarifaueinandersetzungen stehenden KollegInnen ist nötig.

Gemeinsam streiken statt kapitulieren

Im ver.di-Bereich sind Mitte Juni über vier Millionen Beschäftigte in der Tarifaueinandersetzung und außerhalb der Friedenspflicht. Ein gemeinsamer Streik in all diesen Branchen würde die Politiker schnell zum Einlenken bringen - erst recht während eines Bundestagswahlkampfes:

Einzelhandel	1.800.000
Groß- und Außenhandel	1.143.200
Länder (Tarifbeschäft.)	900.000
Arbeiterwohlfahrt	170.000
Papierindustrie	76.500
Bundesagentur für Arbeit	80.000
Rentenvers.-anstalten	35.000
Uni-Kliniken NRW	30.000
Uni-Kliniken BaWü	25.000
Technikerkrankenkasse	9.400
Gesetzliche Krankenvers.	20.000
Evangel. Kirche Hessen	17.000
Diakonisches Werk Hessen	17.000
Private Omnibusbetr. Hessen	5.000
Private Omnibusbetr. BaWü	6.000
Hamburger KITAS	15.400
Gesamt	4.349.500

Dazu kommen weitere Auseinandersetzungen wie z.B. beim der Frankfurter Flughafengesellschaft mit 13.000 Beschäftigten. Das Management will nach Personalkostensenkungen von 40 Millionen nochmal 60 Millionen durch unbezahlte Arbeitszeitverlängerung und weiteren Lohnabbau bis 2010 kürzen. Für den Fall, dass die Verhandlungen scheitern will ver.di eine Einigungsstelle. Aber nur mit Streik kann diese Provokation zurückgeschlagen werden.

Ver.di darf nicht zulassen, dass auch nur ein einziges Bundesland mit der von ihm verhängten Arbeitszeitverlängerung auf bis zu 42 Stunden, der Streichung des Urlaubs- und Kürzung des Weihnachtsgelds durchkommt. Das ver.di-Netzwerk kritisiert, dass der ver.di-Vorstand die Parole ausgibt den Druck spürbar zu erhöhen und gleichzeitig nicht die nötigen eskalierenden Schritte hin zu einem bundesweiten Streik organisiert. Die provokative Haltung aller Bundesländer kann nur mit dem Einsatz der vollen Kampfkraft bei klaren Streikzielen erreicht werden. Ziel muss sein, die Arbeitszeitverlängerung für ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtenInnen und alle Lohn-, Gehalts- und Besoldungskürzungen zurückzunehmen.

Das ver.di-Netzwerk lehnt den mit Bund und Kommunen ausgehandelten Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TvöD) und seine Übertragung auf die Länder ab. Er bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem BAT, weitere Reallohnverluste und die Spaltung der Belegschaften. Trotz 5 Millionen Arbeitslosen hat die ver.di-Führung kampflos eine Verlängerung der Arbeitszeit für die Bundesbeschäftigten unterschrieben. Darüber hinaus wurden den Kommunen Öffnungsklauseln zugestanden aufgrund derer sie in den nächsten Monaten die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche einfordern können. Wie nicht anders zu erwarten, haben die fortgesetzten Zugeständnisse der ver.di-Führung nur dazu geführt, dass die Arbeitgeber Jahr für Jahr immer dreistere Forderungen nach Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung stellen. Deshalb fordern wir einen radikalen Kurswechsel in der Tarifpolitik. Wir sehen nicht ein, dass wir die Löcher stopfen, die durch Verzicht von Vermögenssteuer, durch Senkung des Spitzensteuersatzes und der Körperschaftssteuer in die öffentlichen Haushalte gerissen werden. Wir brauchen eine echte Realloohnerhöhung und das heißt 250 Euro mehr im Monat für alle. Wäre die Verteilung des Volkseinkommens auf dem Stand von 1982 wären die Löhne heute um 18% höher.

Urabstimmung – Streik!

Anstatt Kampfkraft weiter zu verzetteln und mit Nadelstichen zu operieren, muss die Kampfkraft bundesweit gebündelt und gesteigert werden. Deshalb muss jetzt die Urabstimmung und die Organisation eines bundesweiten Streiks im öffentlichen Dienst her. Viele ver.di-Funktionäre erklären uns, wir wären im Länderbereich nicht streikfähig. Aber erstens bleibt uns in anbetracht der Angriffe keine Alternative. Zweitens ist die ganze Erfahrung, dass die Kollegen einschließlich von Nichtorganisierten sehr wohl zum Streik bereit sind, wenn es eine klare Strategie und klare Streikziele gibt. Es ist auch nicht so, dass ein Streik im Länderbereich keinen Druck ausüben kann. In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, wo es die Unterscheidung zwischen Länder- und städtischen Beschäftigten so nicht gibt, kann allein durch einen Streik der Landesbeschäftigten die ganze Stadt lahm gelegt werden. Ein Streik bei den Flughäfen in Hamburg und Bremen, den Autobahnmeistereien, den Schleusen der Binnenschifffahrt würde die gesamte Wirtschaft hart treffen. Bei einem Warnstreik an der Stuttgarter Uni konnte im April fast der gesamte Vorlesungsbetrieb stillgelegt werden. Weil ein Hausmeister, der noch nicht mal in ver.di organisiert ist, die Türen nicht aufgeschlossen hat, fielen die Vorlesungen aus. Univerwaltung und Professoren waren machtlos. Wenn die Unibesetzten im Schulterschluss mit den Studierenden streiken und alle derzeitigen Tarifaueinandersetzungen von ver.di für einen gemeinsamen Streik genutzt werden, können die Arbeitgeber in die Knie gezwungen werden.

„Von Warnstreiks merken wir derzeit nichts. Nicht uns läuft die Zeit weg, sondern ver.di“
CDU-Ministerpräsident und Präsident der
Tarifgemeinschaft der Länder (TdL),
Hartmut Möllring, *Netzeitung* vom 12.5.2005

Geld ist genug da

Der gesellschaftliche Reichtum (Bruttoinlandsprodukt) ist in den letzten 10 Jahren (1993 bis 2003) um 500 Mrd. Euro gestiegen. Die Reallöhne sind in der Zeit um 4% gesunken. Die Bezüge der Manager der Dax-Unternehmen um 167% gestiegen. Die Nettogewinne der Kapitalgesellschaften haben sich in der Zeit um 90% erhöht.

Hätten die Gewinnsteuern im Jahre 2003 den gleichen Anteil am Steueraufkommen erbracht wie 1980, dann wären 62 Milliarden Euro mehr in den Staatskassen. 2004 und 2005 wäre diese Summe noch höher gewesen.

Die Einführung einer Vermögenssteuer auf Vermögen über 500.000 Euro würde 16 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen bringen.
(ISW-Wirtschaftsinfo Nr. 36, 4/2004)

„Es hat sich ausgewarnt“

Warnstreiks sollen eigentlich eine Warnung sein vor dem Streik. Bleibt es bei Warnstreiks tritt man auf der Stelle und erreicht nichts. Und in den Dienststellen erleben wir, wie der Anteil der KollegInnen, die länger als 38,5 Stunden in der Woche arbeiten müssen ständig wächst, wenn nicht bald richtig gestreikt wird. Die Arbeitgeber sagen, dass bereits 16% der Tarifbeschäftigten bei den Ländern einen Arbeitsvertrag mit höherer Arbeitszeit, ohne Urlaubs- und weniger Weihnachtsgeld haben. Zählt man die betroffenen Beamtinnen noch dazu, erhöht sich der Anteil der schlechtergestellten KollegInnen laut ver.di bei den Ländern auf 30%. Wenn die Bereitschaft sich an Warnstreiks zu beteiligen zurückgeht, dann deshalb, weil die Kolleginnen sehen, dass Warnstreiks nicht ausreichen diesen Erosionsprozess zu stoppen. Das bedeutet aber nicht mangelnde Streikbereitschaft. Das haben die Beschäftigten des Staatstheaters Stuttgart vorgemacht. Sie haben nach einigen Warnstreiks selbst eine Urabstimmung über Streik organisiert. 98,2% haben für Streik gestimmt. Wenn die ver.di-Führung sich weiter weigert die Urabstimmung einzuleiten, sollten andere Betriebe dem Beispiel des Stuttgarter Staatstheaters folgen. In Hamburg haben 2 Netzwerk-Unterstützerinnen beim dritten Warnstreik am 24.5. Unterschriften für Urabstimmung und bundesweiten Streik gesammelt und trafen damit den Nerv der Unzufriedenheit unter den WarnstreikteilnehmerInnen.

Bericht und Unterschriftenliste unter

http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarif05/oed_hh.html

Ver.di in Bremen, Sachsen und Hamburg sabotieren gemeinsamen Kampf

Am 14.03.05 waren in Bremen 5.000 Landesbeschäftigte, SchülerInnen und Betroffene einem Aufruf von ver.di, GEW und GdP zum Warnstreik gefolgt und hatten sich an einer Kundgebung gegen Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich beteiligt. Eine der meistgerufenen Parolen war „Wir kommen wieder.“ Am 25.05. bot sich die Gelegenheit wiederzukommen. Diesmal waren es 8.000 Schülerinnen, Studentinnen, Lehrerinnen, Arbeitslose und sozial Benachteiligte, die gegen die Kürzungssorgie, gegen Stellenabbau und Privatisierung, gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnklau im öffentlichen Dienst protestierten. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis. Von ver.di war nichts zu sehen. Im Vorfeld forderte das Bündnis die Gewerkschaften mit einer Unterschriftensammlung auf, den Streik- und Protesttag aktiv zu unterstützen. Viele verdianer unterschrieben. Aber die Bremer ver.di-Führung lehnte einen Warnstreikaufruf der Landesbeschäftigten an diesem Tag ab. Das gleiche Bild am 24.5. in Sachsen. 20.000 LehrerInnen und Schüler streiken landesweit. Aber ver.di ruft die von Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub betroffenen Landesbeschäftigten nicht auf. In Hamburg am 16.6. das gleiche Bild. 10.000 SchülerInnen, Studierende, ErzieherInnen, Eltern, LehrerInnen und von Sozialabbau Betroffene demonstrieren. Studierende und Erzieherinnen streiken. Aber kein Warnstreikaufruf von ver.di für die Landesbeschäftigten an diesem Protesttag. Funktionäre, die uns einreden wollen wir wären nicht kampffähig und solche Gelegenheiten wie in Bremen, Sachsen und Hamburg bewusst blockieren, wollen keinen ernsthaften Kampf.

Infos und Kontakt info@netzwerk-verdi.de

www.netzwerk-verdi.de

Alois Skribina Tel. 0201/2799210 - Steffi Nitschke Tel. 0176/29488386

- Alexander Brandner Tel. 07146/282360

Gemeinsamer Streik von Studierenden und Landesbeschäftigten

Ver.di-Studierende und NetzwerkunterstützerInnen in Stuttgart ergriffen während eines Studententstreiks Anfang Mai die Initiative für einen gemeinsamen Streik und eine gemeinsame Demonstration von Uni-Beschäftigten und Studierenden am 4.5.05. Insgesamt 8.000 streikende Studenten und Uni-Beschäftigte zogen gemeinsam durch die Innenstadt. Ein Personalrat erklärte bei einer Veranstaltung an der Uni und in seiner Rede bei der gemeinsamen Kundgebung gegenüber den Studierenden: „Ich bin seit 29 Jahren in der Gewerkschaft. Aber ich hab noch nie erlebt, dass die Gewerkschaft in der Lage ist von einem Tag auf den anderen einen Streik zu organisieren. Dass das heute so ist, haben wir Euch zu verdanken.“ Dabei soll es aber nicht bleiben. Netzwerkunterstützerinnen unter den ver.di-Studierenden und andere kämpferische KommilitonInnen und Personalräte setzen sich dafür ein, dass der Warnstreik der Länderbeschäftigten und die von ver.di geplante Demo am 23.6. zu einer gemeinsamen landesweiten Demo von Studierenden und Landesbeschäftigten wird und die Studenten zusammen mit den Uni-Beschäftigten die Unis in Baden Württemberg an diesem Tag lahm legen.

Ausverkauf bei Berliner Verkehrsbetrieben durch Bsirske

Die öffentlichen Verkehrsbetriebe gehören zu den kampfstarke Bataillonen im öffentlichen Dienst. Der Organisationsgrad ist hier traditionell hoch und ein Streik hat enorme Auswirkungen und ist dadurch ein riesiges Druckmittel. Bei den Berliner Verkehrsbetrieben sind 80% der 12.000 Beschäftigten in ver.di organisiert. Durch einen Streik könnte ver.di die Bundeshauptstadt lahm legen und durch diesen Druck die erkämpften Tarife verteidigen. Aber wie bereits in vielen Städten betreibt ver.di die Lohnabsenkung per Spartentarifvertrag mit. Die ver.di-Führung benutzt dabei das gleiche Argument wie die Arbeitgeber: Wettbewerbsfähigkeit. Mitten in der laufenden Urabstimmung haben der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und SPD-Bürgermeister Wowereit (beides Spitzenverdiener) mit einer Tarifabsenkung den 12.000 BVG-Beschäftigten 38,5 Millionen im Jahr geklaut: Streichung des Urlaubsgelds, Absenkung des Weihnachtsgelds auf 1.000 Euro. Dem Bus- und Bahnfahrer werden insgesamt 10% Lohn gekürzt. Bis 2008 soll es keine Lohnerhöhung geben. Neueinstellung bei der BVG gibt es nur noch bei einer ausgegründeten Gesellschaft (Berlin-Transport), die noch schlechtere Tarife hat. Dass dieser Verzicht aber nur zu weiterem Lohndumping und Privatisierung führt, zeigt sich in der parallel laufenden Tarifaueinandersetzung im privaten Omnibusgewerbe. Der Württembergische Omnibusverband fordert z.B. die teilweise Abschaffung der Überstundenzuschläge, Reduzierung der Urlaubstage, Verschlechterung der Berechnungsgrundlage für Urlaub und Krankheit, Absenkung des Lohns für Neueingestellte BusfahrerInnen auf 80% und für das übrige Personal sogar auf 65%. Das bedeutet, dass der Ecklohn von 12,17 Euro auf 9,73 Euro abgesenkt werden soll. Der für den Fachbereich Verkehr in Hessen zuständige ver.di-Sekretär Frank Haindl erklärte Mitte April „Der Monatslohn eines Busfahrers reicht nicht häufiger nicht mehr aus, in Hessen ein anständiges Leben zu führen und eine Familie zu ernähren“ Immer mehr Fahrer würden durch das in vielen Unternehmen praktizierte Lohndumping so in Not gebracht, dass sie zunehmend in Nebenbeschäftigungen flüchteten, um ihren Lebensstandard zu halten oder ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen

TvÖD - lehnen wir ab!

Unsere Kritik und Ablehnung des neuen Tarifvertrags im öffentlichen Dienst haben wir in einem Flugblatt veröffentlicht unter

http://www.netzwerk-verdi.de/tarif_04-05/netzwerk-tarifrunde_2004-05.pdf

Auf unserer homepage gibt es weitere Stellungnahmen und unsere Offenen Briefe an die Bundestarifkommission

Innergewerkschaftliche Opposition aufbauen

Wir dürfen nicht länger zulassen, dass Spitzenfunktionäre, die gehaltsmäßig und politisch den Arbeitgebern näher stehen als uns, die Politik der Gewerkschaften bestimmen. Wir müssen in der Tarifpolitik einen Kurswechsel durchsetzen. Wir brauchen eine inhaltliche und personelle Alternative zu heutigen ver.di-Führung. Um das zu erreichen müssen wir eine schlagkräftige innergewerkschaftliche Opposition aufbauen. Wir fordern alle kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, ver.di-Mitglieder und auch Nicht-Mitglieder auf mit uns dafür zu kämpfen. Nehmt Kontakt mit uns auf, lasst Euch in unseren Verteiler aufnehmen.

Kommt zum bundesweiten Netzwerktreffen am 5.11. nach Kassel

Am 5.11. findet in Kassel das 18. bundesweite Treffen des Netzwerks statt. Neben der Tarifaueinandersetzungen werden folgende Themen auf der Tagesordnung stehen: die Situation nach der Bundestagswahl und die Rolle der Gewerkschaften, Widerstand gegen den Kahlschlag im Gesundheitswesen, Berichte aus den Orten und Betrieben

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Gemeinsam sind wir stark - Streiken für einen Tarifvertrag!

Die Verhandlungen mit den Ländern haben gezeigt, dass Warnstreiks nicht ausreichen, um die verfügbaren Arbeitszeitverlängerungen, Kürzungen beim Weihnachtsgeld und Streichung des Urlaubsgeld rückgängig zu machen. Selbst die von ver.di im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes gemachten Zugeständnisse reichen den Länderregierungen nicht.

Die Unterzeichnenden fordern:

- Schluss mit Zugeständnissen an die Arbeitgeber
- Urabstimmung und Organisation eines bundesweiten Streiks bei den Ländern. Einbeziehung der BeamtInnen und Beschäftigten in den Kommunen.
- Streikziele müssen sein: Rückkehr zur 38,5-Stunden-Woche, 100 % Weihnachts- und volles Urlaubsgeld für alle Tarifbeschäftigten und BeamtInnen, Erhöhung der Monatseinkommen um 250 Euro.
- Gemeinsamer Streik aller Bereiche, die derzeit in Tarifaueinandersetzungen stehen (Einzelhandel, Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungen....)

Name	Anschrift / Wohnort	Gewerkschaft Funktion	Betrieb	Unterschrift

Liste faxen an Frank Bsirske 030/69563000 und ver.di-Tarifsekretariat 030/69563620 oder an Netzwerk schicken. Wir leiten es weiter.

Kontaktadresse: Aneke Bevernitz, Wieckstr. 27a, 22527 Hamburg, Tel.: 040 – 4321 5443, fax: 040 - 4148 7009, email: hamburg@netzwerk-verdi.de, www.netzwerk-verdi.de